

Bankrotte Hauptlösung der UGB-Führung

Von Erich Zuer

Wenige Monate sind verstrichen seit der Tagung des vierzehnten UGB-Kongresses, der am 31. August in Frankfurt begann. Die Hauptlösung dieser Tagung der Gewerkschaftsleiter, die nach Vorträgen von Stegerwald und des Heidelberger Professors Leberer zustande brachten, war die Lösung der 40-Stunden-Woche. Die Frage des Lohnausgleiches wurde nach Ausführungen von Leberer „vorläufig zurückgestellt“.

In allen Gewerkschaftsversammlungen, in allen Betriebsversammlungen wurde diese Lösung als Generallösung von den Gewerkschaftsbeamten gepredigt. Es war gewissermaßen die einzige Lösung der Gewerkschaftsführer, mit der sie glaubten, vor die Arbeiter hinstellen zu können, um den Anschein zu erwecken, als ob sie ihre Interessen vertreten und weiteste Erwerb-

losigkeit und Massenentlassungen durch die Verwirklichung dieser Parole verhindern. Die Hauptfrage bei der 40-Stunden-Woche für die Arbeiterklasse, die Frage des Lohnausgleiches interessierte entweder die Gewerkschaftsführer überhaupt nicht oder sie beantworteten diese Frage negativ, d. h. 40-Stundenwoche ohne Lohnausgleich, was gleichbedeutend ist mit einem Lohnabbau von 17 Prozent.

Nach kaum zwei Monaten wurden nunmehr die reformistischen Gewerkschaftsleiter durch den Bankrott ihrer Hauptlösung eingestrichen. Unter der Überschrift: „40-Stunden-Woche abgemürgt“, brachte der „Werkmeister“ am 1. Dezember eine Mitteilung, in der es u. a. folgendermaßen heißt:

„Das Unternehmertum hat es fertiggebracht, die Arbeitszeitverlängerung zu hinterziehen. Die Ausschüttung eines gerechten

Lohnausgleiches, die Ablehnung von ungeliebter Wiedereinstellung von Erwerbslosen in den Produktionsprozess und vor allem der immer härter fortgesetzte Lohnabbau machen heute eine Arbeitsverlängerung in einer Form, wie sie noch vor Jahresfrist möglich gewesen wäre, undurchführbar. Man kann natürlich die Löhne nicht sofort abbauen und dann noch die Arbeitszeit und auch noch ohne Lohnausgleich verlängern.“

Ein trauriges Kapitel. Weber ein Ruheblatt für das Unternehmertum noch für die Reichsregierung. Im Mai wollte Herr Stegerwald die 40-Stunden-Woche verordnen. Im November begründet er sie. Er hat totale Energie an dem Lohnabbau verschwendet, doch ihm für die 40-Stunden-Woche nichts mehr übrig blieb.“

Die 40-Stunden-Woche-Parole der reformistischen Bonzen ist nicht von den Unternehmern abgewürgt worden — die Kapitalisten haben sie zum Zweck des Lohnabbaus weidlich ausgekostet — sondern durch die eheernen Taktiken und Ergebnisse müssen die reaktionären Gewerkschaftsführer den Bankrott ihrer Hauptlösung verkünden. Nicht nur die Unternehmer haben den Lohnausgleich verhindert, sondern die Gewerkschaftsführer haben von vornherein darauf verzichtet.

Ausdrücklich wurde auf dem Frankfurter UGB-Kongress beschlossen, daß auf dem Lohnausgleich nicht bestanden werden könne. Durch die 40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich, der die reaktionären Gewerkschaften in vielen Fällen zustimmten, wurde der Lohnabbau direkt propagiert.

Die Unternehmer haben den Gewerkschaftsführern mehrfach behauptet, daß sie mit der Durchführung des Lohnabbaus nur bei Zustimmung der Gewerkschaftsführer durch die Verlangenswoche ohne Lohnausgleich selbst vorkommen. So berichtigte der Gewerkschaftsführer von Berlin, Braun, in der Generalversammlung der Berliner Buchdrucker, anlässlich des letzten Lohnabbauschiedsprüchens, daß die Unternehmer bei den Lohnverhandlungen über ein unüberlegbares Material ver-

Reformistischer Phrasendrusch bei Meurer-UG

Emil Ebert spricht von Streikgenehmigung / Nur die RGO zeigt den Ausweg

Durch das Drängen der Opposition wurde der Betriebsrat gezwungen, eine Belegschaftsversammlung einzuberufen, die Stellung nahm zu dem neuen Lohnabbau durch Schiedsgericht und Streikverbot. Der DMB hatte Emil Ebert, DMB, als Referenten gewählt, damit er mit radikalen Phrasen den neuen Beirat der Reformisten an den Arbeitern verschleiern sollte. Im Schwelge seines Angehts bemühte sich nun Ebert, den Kollegen bezüglich zu machen, wie die Gewerkschaftsführer mit den Unternehmern „geplänkel“ haben. 8 Pfennig Lohnabbau hatten die Gewerkschaftsführer von sich aus angeordnet. Aber die Unternehmer wollten mehr. Sie wissen, daß die Drohungen der Reformisten nicht ernst zu nehmen sind und daß alle Verschleierungen für die Arbeiterklasse von ihnen hingenommen werden. So kam der Schiedspruch zustande, der für die ostfälischen Metallarbeiter einen Lohnabbau von 8 Prozent brachte.

Immer offensichtlicher wird unter den Schlägen der Wirtschaftskrisis, der Falschführung des Scheiters und der immer härteren Offensive des Unternehmertums gegen die Arbeiterklasse der Bankrott des Reformismus. Sie können der Arbeiterklasse keinen Ausweg zeigen. So wie die Waffen die Menschen auf den Himmel vertrieben, so vertrieben die Reformisten die Arbeiter auf eine kommende bessere Zeit, in der die Wirtschaftskrisis neuer Konjunktur Platz gemacht hat. Nach Ebert ist jetzt die Hauptfrage, dem Verband die Treue zu halten und ja nicht auf die RGO zu hören. Der Vorstand des DMB würde im

Frühjahr sogar einigen Dresdner Betrieben die Streikgenehmigung erteilen (II).

Die Rotierungslösung ist wohl eine schlimme Sache, aber die Arbeiterklasse ist selbst daran schuld. Sie brauchen nur richtig zu wählen, dann könnte so etwas nicht vorkommen. Es sei manches zu verhindern, wenn die Kommunisten im Schlichtungsausschuss mit der Sozialdemokratie und der Sozialpartei zusammenhängen. Scheinbar hat Herr Ebert, der selbst im Bundtag ist, noch nicht gemerkt, daß der Bundtag schon lange nichts mehr zu sagen hat.

In der Diskussion verpöhlten mehrere Kollegen die Schaumbläserei Eberts. Ein Kollege erinnerte ihn daran, wie er früher gesprochen hat und fragte, ob Ebert sich nicht schäme, jetzt so vor die Arbeiterklasse hinzutreten. Aber jetzt der Zeit hat sich so manches ereignet. Emil Ebert hat das Ideal eines freien Reformisten erreicht und ist wohlbehaltener Abgeordneter geworden. Einen solchen Posten kann man nicht gelassen, da muß man schon die Kravatten herunterlassen.

Eine Entschleierung der oppositionellen Kräfte gegen Lohnabbau und Streikverbot wurde durch die Beratsammlungsleitung nicht zur Abstimmung gebracht. So glaubte man zu verhindern, daß die Arbeiterklasse ihren Willen äußere. Die Meurer-Proleten erkennen immer mehr, daß nur der Weg des Kampfes, den die RGO anzeigt, aus dem Elend führt und daß der Weg des Reformismus den Untergang für die Arbeiterklasse bedeutet.

Miag-Proleten schließen die rote Einheitsfront

Gute Arbeit der Betriebszelle Miag-Draunichweil / Dresdner Betriebe nachmachen!

Die Betriebszelle der RPD im Metallbetrieb Miag, Braunschweig, gibt Bericht über ihre Arbeit in den letzten Monaten, dem wir folgendes entnehmen:

„Wir benutzen jede Gelegenheit, um im Betrieb unsere Forderungen und unser politisches Programm zu diskutieren. In Belegschaftsversammlungen und im Arbeiterrat führen wir unsere Diskussionen in grundsätzlicher politischer Form und im klaren Frontgespräch gegen die sozialdemokratischen Führer. Eine gründliche Schulung sorgt dafür, daß die Genossen jederzeit diskutieren können.“

Vorläufig vor dem Nazi-March am 22. Februar 1933 hatten wir die Parole der roten Einheitsfront von unten in den Vordergrund. Am Tage nach dem Nazimord, am 17. und 18. Oktober, wurde von uns im Arbeiterrat und in der Belegschaft die Frage des politischen Massenstreiks gestellt. Es wurde der Beschluß gefaßt, am Tage der Festlegung der erzwungenen Arbeiter in den Proteststreik zu treten und alle anderen Betriebe zur Teilnahme aufzufordern. Die Belegschaft trat einheitlich in den Streik. Drei Betriebsräte, die bisher der SPD angehört hatten, traten der RPD bei. Wir verstärkten daraufhin unsere Werbearbeit und es gelang uns, eine Reihe Parteimitglieder und neue Abonnenten für die RPD zu gewinnen.

Zahlmäßig zeigte sich der Erfolg unserer Arbeit seit dem Streik in der Gewinnung von 27 Parteimitgliedern und 4 RGO-Mitgliedern. Durch die Massenentlassungen, die in den letzten Wochen durchgeführt wurden, wurde unsere Zelle wieder etwas geschwächt. Wir haben uns aber die Aufgabe gestellt, im Kampf gegen das Aufgebote der Hunderttausend diesen Verlust auszugleichen und die Mitgliederzahl darüber hinaus noch zu erhöhen.

Für die kommende Woche ist von der Zelle der erste Diskussionsabend mit SPD- und Nazi-Proleten vorbereitet worden. Solche Abende sollen von nun an regelmäßig alle vierzehn Tage stattfinden, um tiefer in die Reihen der uns noch fernstehenden Kollegen, vor allem auch der SPD-Arbeiter einzudringen. Die RPD-Arbeit wurde von uns während der Volksstimmungs-Kampagne etwas vernachlässigt. Wir haben diese Arbeit jetzt wieder in Angriff genommen und werden auch auf diesem Gebiet den Temporeisprung in kürzester Zeit wieder aufnehmen.“

Der Bericht dieser Zelle zeigt, wie im Betrieb gearbeitet werden muß.

Offizielle Betriebe! Schickt sofort Berichte über eure Arbeit zur Veröffentlichung an die Arbeiterstimme!

Der Gesamtverband verteilt „Weihnachtsgeschenke“

Unterstützung bekommt du nur, wenn du drab bist!

Offiziell verteilt der Gesamtverband „Weihnachtsgeschenke“ an seine erwerbslosen und kranken Mitglieder. Einer unserer arbeitenden Genossen, der Mitglied des Gesamtverbandes ist, aber keine Mitteilung über diese Verteilung erhielt, wollte ebenfalls davon Gebrauch machen. Als er deshalb am 18. Dezember im Dresdner Volksklub vorstellig wurde, erhielt er den Befehl, daß Donnerstag, den 17. Dezember, der letzte Tag sei. In diesem Tage war aber der Herr Kassierer nicht da und unser Genosse wurde auf den nächsten Tag vertrübt.

Durch Grippekrankung verhindert, schickte er eine Bekannte nach dem Gewerkschaftsbüro. Als sie das Buch abgegeben hatte, fragte der Kassierer: Was ist wohl der von der Münzstraße?

Nur das Ja der Bekannten allgemeine Bewegung und dann die Erklärung des Kassierers: So eine Freiheit, in den Versammlungen macht er uns schlecht, und dann sagt er noch, etwas zu verlangen. Der bekommt überhaupt nichts! Darauf gab man das Buch zurück.

Gesamtverbandsmitglieder! Sagt ja nicht, die Berratspolitik der Bürokraten anzuprangern, sonst bekommt ihr nichts zu Weihnachten. Aus diesem Korb ist nicht, daß nur die „reinen“ Schächel Unrecht auf Verbotsunterstützung haben, aber aufrechten, revolutionären Arbeitern wird die Tür geöffnet.

Gibt den letzten Bonzen die Antwort: Kämpft mit der RGO für die Verteidigung eurer materiellen Interessen, dann braucht ihr nicht zu den Bonzen beteln zu gehen, um einen kleinen Anteil von euren geschätzten Beiträgen zurückzubekommen!

Betriebskorrespondenz!

Wo bleiben eure Berichte?

Versärfung der Betriebsarbeit

verpflichtet zur laufenden Berichterstattung an die Presse

Versärfung an der innergewerkschaftlichen Front

verpflichtet zur Berichterstattung über jede Gewerkschaftsversammlung an die Arbeiterstimme.

Macht eure Presse zum Sprachrohr der Betriebe

Internationale Wirtschaftskämpfe

Spanien

Vieira, der sozialdemokratische Minister für öffentliche Arbeiten, erklärte, daß die Regierung (in der drei sozialdemokratische Minister sitzen) nicht imstande ist, die Hungerlöhne der Eisenbahner zu erhöhen. Die Wirtschaftslage der Eisenbahner sei so schlimm, daß sie keine weiteren Ausgaben auf sich zu nehmen, es sei denn, daß der Staat sie finanziell unterstütze. Der Sozialist Vieira fügte hinzu, daß im gegebenen Augenblick die Lage der Eisenbahner besonders verzweifelt ist und daß nicht in der Staat ihnen zu unterstützen muß. Er hofft, daß die Eisenbahner ihre eigenen Interessen den allgemeinen Interessen des Landes unterordnen werden.“

Im Dorfe Santiago (Matanzas), das fast vollständig Eigentum des Duc de Tancande-Fürsten ist, haben sich die Bauern erhoben und belagern den Großgrundbesitzer in seinem Schloß. Die Bauern fordern die Aufhebung des Bodens und die Abreise des Großgrundbesitzers innerhalb 24 Stunden. Die Zivilgarde hat das ganz dort besetzt.

In Coparazona (Oranota) durchzogen die Unternehmer den Arbeitsproleten und stellten orrischende Arbeiter für die Disziplin ein. Daraufhin erklärten die alten Wanderarbeiter streikend Generalstreik. Es kam zu Zusammenstößen zwischen streikenden Wanderarbeitern und der Zivilgarde, in denen Verletzte und Zivilgarde (darf) schock und mehrere Wanderarbeiter, darunter eine Frau, vermundete.

100 Erwerbslose führten in Casio (Maroffo) die Arbeitslosigkeit, die von den Sozialdemokraten verweigert wird, weil ihnen die Art und Weise der Arbeitsbeschaffung nicht gefiel. Die sozialdemokratischen Bonzen verschafften nur den in der reformistischen UGB organisierten Arbeitern Arbeit.

Japan

Die Glasfabrik in Hiroshima hat ihre gesamte Belegschaft gekündigt, was mit Überfüllung der Lager und Mangel an Aufträgen begründet wird. In Wahrheit will die Firma durch die Kündigung einen weitgehenden Lohnabbau durchsetzen.

Die Direktion teilt selbst mit, daß der Betrieb vorüberhand in ganz keinem Umfang weitergeführt wird, wobei einige wenige Arbeiter abwechselnd beschäftigt werden sollen. In sechs Wochen jedoch soll der Umfang des Betriebes wieder bedeutend erweitert werden. Für diesen Zeitpunkt will das Unternehmen durch die gegenwärtige Entlassung der Belegschaft die Zustimmung dieser für eine Herabsetzung der Löhne erpressen.

Belgien

Die Unternehmer der Teppichindustrie, die unter dem Vorwand der Schließung des englischen Marktes für die belgische Teppichindustrie 10 000 Arbeiter entlassen hatten, schlugen nun die Wiederaufnahme der Produktion vor unter der Bedingung, daß die Arbeiter einen 10prozentigen Lohnabbau auf sich nehmen.

Die Wogebaugesellschaften fordern eine 10prozentige Lohnherabsetzung, die jedoch von den Arbeitern zurückgewiesen wird. Nach der Erklärung von Barbeles in der belgischen Kammer hat nun auch der Sozialdemokrat Francois im belgischen Senat die Haltung der belgischen Sozialdemokratie gegenüber der Regierung präzisiert. „Wir verlangen — erklärte er — auf eine Subsidienfrage, um die Schwierigkeiten nicht noch mehr zu vergrößern. In dieser so peinlichen Wirtschaftslage unterziehen wir, daß wir vor allem eine Partei der Ordnung sind.“